

# Deutsche Übersetzung des kriminellen Verweises mehrerer Personen an das US-Justizministerium

von Mitgliedern des Kongresses der Vereinigten Staaten von Amerika

Englisches Original:

<https://scribd.com/document/376799906/Criminal-Referral>

---

**Kongress der Vereinigten Staaten**  
Washington, DC 20515  
18. April 2018

An den ehrenwerten

Jeff Sessions, Generalstaatsanwalt US-Justizministerium  
950 Pennsylvania Allee, NW Washington, DC 20530

An den ehrenwerten

Christopher Wray, Direktor FBI  
935 Pennsylvania Allee, NW Washington, DC 20535

An den ehrenwerten

John Huber, Anwalt der Vereinigten Staaten für den Distrikt von Utah  
Die Staatsanwaltschaft der Vereinigten Staaten - District of Utah  
111 South Main Street, Salt Lake City, UT 84111

## **Sehr geehrte Generalstaatsanwälte, Direktor Wray und Herr Huber:**

Wir schreiben, um die folgenden Personen für die Untersuchung von möglichen Verstößen gegen Bundesgesetze zu verweisen. Dabei achten wir besonders auf den unterschiedlichen Eifer, der die Untersuchungen der ehemaligen Außenministerin Hillary Clinton und der Präsidentschaftskampagne von Donald Trump geprägt hat. Da wir der Meinung sind, dass diejenigen in Positionen mit hoher Autorität genauso behandelt werden sollten wie jeder andere Amerikaner, wollen wir sicher sein, dass die im Folgenden beschriebenen potenziellen Gesetzesverstöße angemessen überprüft werden.

### **1. Der ehemalige FBI-Direktor James Comey.**

Am 5. Juli 2016 gab Comey eine Erklärung über die Untersuchung von Secretary Hillary Clintons Verwendung eines persönlichen E-Mail-Systems ab, in dem er erklärte: „...es gibt Beweise dafür, dass sie äußerst sorglos mit sehr sensiblen, hoch eingestuften Informationen“ umging. Er fuhr fort: „Obwohl es Hinweise auf mögliche Verstöße gegen die Gesetze in Bezug auf den Umgang mit Verschlussachen gibt, ist unser Urteil, dass kein vernünftiger Ankläger einen solchen Fall vorbringen würde.“ Dieses Urteil scheint unglaubwürdig zu sein, angesichts von Interviews mit Außenministerin Clinton und bis zu 17 wichtigen Zeugen, darunter Clintons engsten Mitarbeitern. Comeys Entscheidung, keine Anklage zu erheben gegen Clintons Fehlverhalten deutet auf unangemessenes Ermittlungsverhalten hin, das möglicherweise durch eine politische Agenda motiviert ist. Dementsprechend verweisen wir James Comey an das DOJ wegen möglicher Verstöße gegen: 18 USC 1505 und 1515b.

Zusätzlich zu seiner Behandlung der Clinton-Ermittlungen war Comey in einem fragwürdigen

Verhalten gegenüber Präsident Donald Trump engagiert. Wie von der New York Times berichtet, schrieb Direktor Comey Memoranda, die angebliche Gespräche zwischen ihm und Präsident Trump schilderten, und „eine Papierspur“ sei für das „Dokumentieren dessen, was er als unangemessene Versuche des Präsidenten empfand, eine stattfindende Untersuchung zu beeinflussen“. Comey „erstellte ähnliche Memos - einschließlich einiger, die klassifiziert wurden - über jeden Anruf und jedes Treffen, das er mit dem Präsidenten hatte.“

Wie in einem Brief des ehrenwerten Charles E. Grassley (Vorsitzender des Senatskomitees für die Judikative) vom 3. Januar 2018 an den stellvertretenden Generalstaatsanwalt Rod Rosenstein beschrieben, überprüften Ausschussmitarbeiter die Memoranden, die von ehemaligen Direktor Comey erstellt wurden, in einer abgesicherten Institution aufgrund der Verschlussfrage der Mehrheit der Memos; von den sieben Memos waren vier "GEHEIM" oder "VERTRAULICH" klassifiziert.

Anlässlich einer Anhörung des US-Senats am 8. Juni 2017 erklärte Comey: „Ich habe einen Freund gebeten, den Inhalt des Memos mit dem Reporter zu teilen.“ Der oben erwähnte Brief des Vorsitzenden Grassley stellt ferner fest, dass Professor Daniel Richman von der Columbia Law Universität dieser Freund war, und dass Herr Comey ihm vier der sieben Memoranden zur Verfügung stellte, um ihn zu ermutigen, die Memos der Presse zu erläutern.

Angesichts der Tatsache, dass vier der sieben Memos klassifiziert wurden, scheint es, dass der ehemalige Direktor Comey geheime Informationen durchsickern ließ, als er diese Memos mit Professor Richman teilte. Dementsprechend verweisen wir James Comey an das DOJ für mögliche Verstöße von: 18 USC 641, 18 USC 793 und 18 USC 1924 (a).

Darüber hinaus hat Präsident Trump Bedenken gegenüber dem ehemaligen Direktor Comey geäußert, dass dieser den Kongress unter Eid über seine Entscheidung irreführte, die ehemalige Außenministerin Hillary Clinton bezüglich ihrer Nutzung eines privaten E-Mail-Servers für die offizielle Regierung nicht zu belangen. Wie von der Washington Post am 2. Mai 2017 berichtet, verbreitete Comey einen Entwurf einer Stellungnahme zu seiner Entscheidung: „Comey sendet eine E-Mail an Andrew McCabe, seinen Stellvertreter, an James A. Baker, den FBI-General Counsel und an James Rybicki, seinen Stabschef, mit dem Titel ‚Midyear Exam‘. Dies war ein interner FBI-Code für die Clinton-Untersuchung. Der Text der E-Mail wurde vom FBI redigiert, aber er scheint einen Entwurf seiner Erklärung des Abschlusses des Clinton-Falls enthalten zu haben. Zu diesem Zeitpunkt hatten 17 Interviews mit potentiellen Zeugen nicht stattgefunden, einschließlich mit Clinton und ihrem Stabschef laut dem Justizausschuss des Senats.“

Weiterhin antwortete der ehemalige Direktor Comey am 28. September 2016 während einer Anhörung vor dem Bundesjustizausschuss bezüglich der Frage von John Ratcliffe (TX-04) über den Zeitpunkt seiner Entscheidung: „Direktor, haben Sie die Entscheidung getroffen, keine Strafanzeigen in Bezug auf Verschluss-Sachen zu empfehlen, bevor, oder nachdem Hillary Clinton am 2. Juli vom FBI interviewt wurde?“

Schließlich, in einem Brief vom 28. April 2017 an den ehemaligen Direktor Comey erklärte der Vorsitzende Grassley, dass es bezüglich der Beschreibung der Beziehung des FBI zu Herrn Steele, die Sie [FBI-Direktor Comey] in Ihrer Unterrichtung gegeben haben, „erhebliche Unstimmigkeiten gibt und Informationen, die in Dokumenten des Justizministeriums enthalten sind, dem Ausschuss erst nach der Unterrichtung zur Verfügung gestellt wurden“. Dementsprechend verweisen wir James Comey an das DOJ wegen möglicher Verstöße gegen: 18 USC 1621 und 18 USC 1001.

## **2. Die ehemalige Außenministerin Hillary Clinton.**

Ein Anwalt, der die Clinton-Kampagne und das Democratic National Committee vertrat, bezahlte die Washington'er Kanzlei Fusion GPS, um Untersuchungen durchzuführen, die zum Steele-Dossier führten, so ein Bericht vom 24. Oktober 2017 in der Washington Post.

Dementsprechend verweisen wir Hillary Clinton wegen möglicher Verschleierung von Zahlungen an Fusion GPS gegen obligatorische Offenlegungen an die Federal Election Commission des DOJ wegen möglicher Verstöße von: 52 USC 30121 und 52 USC 30101.

## **3. Die ehemalige Generalstaatsanwältin Loretta Lynch.**

Im Hinblick auf die ehemalige Generalstaatsanwältin Loretta Lynch äußern wir Bedenken bezüglich ihrer Entscheidung, einem ehemaligen FBI-Informanten, der 2016 Einblicke in den Uranium-One-Deal hatte, mit Repressalien zu drohen.

Dementsprechend verweisen wir Loretta Lynch an das DOJ wegen möglicher Verstöße gegen: 18 USC 1505 und 1515b.

## **4. Der ehemalige stellvertretende Direktor des FBI Andrew McCabe.**

In Bezug auf den ehemaligen stellvertretenden Direktor des FBI Andrew McCabe, wie von der New York Times berichtet, hat Generalstaatsanwalt Sessions erwähnt, dass McCabe während der internen Hillary-Clinton-Untersuchung „unter vielen Eideserklärungen keine Glaubwürdigkeit besaß“. Der Bericht fuhr fort zu erwähnen, dass dies „eine zu verfolgende Straftat sei, und Herr Sessions sagte weiter, dass unpolitische Mitarbeiter im FBI und Justizministerium äußerten, dass Herr McCabe gefeuert werden sollte“.

Darüber hinaus hat das DOJ-Büro des Generalinspektors kürzlich einen Bericht über Fehlverhalten im Februar 2018 mit dem Titel „Ein Bericht über die Untersuchung bestimmter Vorwürfe bezüglich des ehemaligen stellvertretenden FBI-Direktors Andrew McCabe“ veröffentlicht, in dem er vier Fälle von McCabe's mangelnder Glaubwürdigkeit bestätigt, darunter drei Eidesfälle, sowie die Schlussfolgerung, dass McCabes Entscheidung, die Clinton Foundation Untersuchung durch ein anonym verabreichtes Zitat zu bestätigen, die Medienpolitik des FBI und des DOJ verletzte, und dies ein grobes Fehlverhalten darstelle.

Dementsprechend verweisen wir Andrew McCabe auf mögliche Verstöße gegen: 18 USC 1001, 18 USC 1621 und 18 USC 1505.

## **5. FBI-Agent Peter Strzok und FBI-Counsel Lisa Page.**

In Bezug auf FBI-Agent Peter Strzok und die leitende FBI-Anwältin Lisa Page äußern wir Bedenken hinsichtlich ihrer Einmischung in die Hillary-Clinton-Untersuchung bezüglich deren Verwendung eines persönlichen E-Mail-Servers. Wie das Wall Street Journal am 22. Januar 2018 nach der zweiten Veröffentlichung des Textaustauschs zwischen Strzok und Page im Justizministerium berichtete, „zeigen die neuesten Texte, dass das FBI auch Beweise beseitigt hat, die belegen, dass Clinton die Kommunikation auf hoher Ebene kompromittiert hat“. Der Bericht beschreibt unter anderem folgende alarmierende Besonderheiten:

„Strzok weist Page an zu sagen, dass hochrangige Beamte beschlossen hätten, den Hinweis auf

Präsident Obama in auf ‚einen anderen hochrangigen Regierungsbeamten‘ zu verwässern. Als Comey am 5. Juli seine öffentliche Erklärung abgab, waren beide Hinweise - auf Obama und auf ‚einen anderen hochrangigen Regierungsbeamten‘ - verschwunden“.

Dementsprechend verweisen wir Peter Strzok und Lisa Page auf mögliche Verstöße gegen: 18 USC 1505 und 1515b.

**6. Department of Justice (DOJ) und FBI-Personal** sind im Zusammenhang mit der Zusammenstellung von Dokumenten über angebliche Verbindungen zwischen Russland und des damaligen Präsidentschaftskandidat Donald Trump bekannt als „Steele Dossier“, einschließlich, aber nicht beschränkt auf Ex-FBI-Direktor James Comey, den ehemaligen stellvertretenden Direktor des FBI Andrew McCabe, der ehemaligen stellvertretenden Generalstaatsanwältin Sally Yates, und der ehemaligen stellvertretenden Generalstaatsanwältin Dana Boente“.

In Bezug auf das Steele-Dossier äußern wir Bedenken bezüglich der Vorlage falscher und / oder nicht verifizierter Informationen an den Foreign Intelligence Surveillance Court im Zusammenhang mit dem Antrag von Trump-Gehilfen Carter Page, eine Überwachung durch dieses Foreign Intelligence Surveillance Act (FISA) durchzuführen.

Wie der Abgeordnete Devin Nunes, Vorsitzender des House Intelligence Committee, in einem Brief vom 1. März 2018 an Generalstaatsanwalt Jeff Sessions erklärt: „Die ehemalige und derzeitige DOJ- und FBI-Führung haben dem Ausschuss bestätigt, dass unbestätigte Informationen aus dem Steele-Dossier ein wesentlicher Teil der FISA-Anwendungen im Zusammenhang mit Carter Page sind“.

Dementsprechend beziehen wir uns auf alle DOJ- und FBI-Mitarbeiter, die für die Unterzeichnung des Carter Page-Antrags verantwortlich sind, und unbestätigte und / oder falsche Informationen für mögliche Verstöße enthielten: 18 USC 242 und 18 USC 1505 und 1515b.